



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2011/09448**
Datum: 05.01.2011
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Herr Dietmar Wehrich
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	26.01.2011	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung	22.02.2011	öffentlich Vorberatung
Bildungsausschuss	01.03.2011	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	22.03.2011	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.04.2011	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung der Breitbandausbauziele der Stadt Halle (Saale)

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zu dem in der Breitbandstrategie der Bundesregierung festgeschriebenen Ziel, bis 2014 für einen Großteil der Haushalte Breitbandkapazitäten von 50 MBit oder mehr erreicht zu haben. Die flächendeckende Umsetzung in der Stadt wird angestrebt. Dazu wird regelmäßig der erreichte Ausbaugrad erhoben und der Öffentlichkeit mitgeteilt.
2. Die Stadtverwaltung Halle wird entsprechend damit beauftragt, sich im Rahmen der Breitbandstrategie kontinuierlich sowohl um die Einwerbung von Fördermitteln zu bemühen als auch um die Teilnahme an Pilotprojekten zu bewerben.
3. Die Stadtverwaltung Halle wird damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken zu prüfen, ob nicht auch in Halle die Stadtwerke den Ausbau von Breitbandzugängen unterstützen oder selbst durchführen können. Prüfbericht und gegebenenfalls konkrete Handlungsempfehlungen sind bis zum Ende des 3. Quartals 2011 vorzulegen.

gez. Dietmar Wehrich
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Nachdem die grüne Stadtratsfraktion 2009 erstmals mit einem Antrag auf das Problem der Breitband-Unterversorgung hingewiesen hatte, was anfänglich nur mit Unverständnis durch Stadtverwaltung und andere Ratsfraktionen quittiert wurde, so fand im November 2010 dann schließlich doch der damals von uns vorgeschlagene Breitbandgipfel in Halle statt. Die im Vorfeld durchgeführte Umfrage offenbarte erneut die erheblichen Verfügbarkeits-Lücken, nicht nur in Siedlungen am Rande der Stadt, sondern selbst noch in Innen- und Altstadt.

Doch während Halle noch mit der Schließung dieser weißen Flecken kämpft, bleibt die Entwicklung nicht stehen: Auf dem kürzlich zu Ende gegangenen 5. nationalen IT-Gipfel hat die Bundesregierung erneut ihre Anfang 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II beschlossene Breitband-Strategie bekräftigt. Deren zweifellos ehrgeiziges zweites Ziel: Bis 2014 sollen mindestens 75% der bundesdeutschen Haushalte Breitbandanschlüsse mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 MBit/s nutzen können.¹

Daher sollten sich Stadtrat und Stadtverwaltung, neben der zügigen Durchführung des beschlossenen Pilotprojekts, aggressiv der Reduzierung der restlichen Versorgungslücken widmen, um nicht zu sehr hinter die Zuwächse anderer Kommunen im Rahmen des Ausbauziels der Bundesregierung zurückzufallen.

In der Frage der konkreten Schließung der Ausbaulücken in der Stadt blieb der erste hallesche Breitbandgipfel leider noch ohne Ergebnis. Zur Umsetzung schlagen wir einerseits vor, den bereits beschrittenen Weg des Dialogs mit kommerziellen Anbietern fortzuführen, um so schnelle Verbesserungen mit (Mobil)Funklösungen zu finden. Dazu sollte weiterhin auf Landes- als auch auf Bundesebene die Einwerbung von Fördermitteln versucht werden. So könnte beispielsweise noch eindringlicher auf die besondere Problemlage verwiesen werden, dass Anfang bis Mitte der 1990er Jahre in Stadtgebieten wie Südstadt oder Neustadt spezielle passive Glasfaser-Netze (die sogenannte OPAL-Technik) in den Straßen verlegt wurden, deren Aktualisierung heute besondere Kosten mit sich bringt. Warum sollte sich Halle in dieser Frage nicht mit Nachdruck um die Auflage von Pilotprojekten zur Lösung dieses konkreten (und vor allem ostdeutschen) Problems bemühen?

Außerdem schlägt unsere Fraktion vor, einen konkreten Weg zu prüfen, mit dem sich inzwischen viele andere Kommunen behelfen: Viele andere Großstädte wie Bochum, Konstanz, Marburg, München oder Heidelberg haben begonnen, durch ihre Stadtwerke Lücken in der Breitbandversorgung schließen zu lassen, um im Standortwettbewerb nicht weiter ins Hintertreffen zu gelangen. Sie schaffen, insbesondere mit dem Glasfaser-Ausbau bis in einzelne Gebäude/individuelle Wohnungen, eine Versorgungsverbesserung und zudem ein neues Geschäftsfeld und eine stetige Einnahmequelle für ihre Stadtwerke. Die besondere Konstruktion dieser Lösungen liegt darin, dass sich die Stadtwerke nur um die Schaffung der technischen Infrastruktur bemühen (da sie diese oft über längerfristige Kredite besser vorfinanzieren können), jedoch kein eigenes Endkundengeschäft betreiben, sie verpachten dazu vielmehr die geschaffenen Anschlüsse an kommerzielle Anbieter.

Da ein derartiges Verfahren bereits in vielen anderen Städten praktiziert wird, sollte es auch in Halle vorstellbar sein. Daher schlagen wir vor, dass die Stadtverwaltung in Abstimmung mit den Stadtwerken sowohl diese Variante als auch die Kooperation mit anderen Anbietern bei alternativen Zugangstechniken (beispielsweise die Einrichtung von Funkstrecken oder WLAN-Hotspots für Stadtgebiete, in denen kurz- bis mittelfristig kein Glasfaser-Ausbau realisierbar ist) prüft und dem Stadtrat eine Art Machbarkeitsstudie vorlegt.

¹ Breitbandstrategie der Bundesregierung:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=290012.html>

**Stellungnahme zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Weiterentwicklung der Breitbandausbauziele der Stadt Halle (Saale)
- Stadtrat am 26.01.2011 -**

Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag nicht zuzustimmen, da sie sich bereits mit Antrag **V/2010/08950** grundsätzlich zum kontinuierlichen Vorantreiben des Breitbandnetzausbaus bekannt hat.

Im Rahmen dieses Bekenntnisses werden die sich in Verbindung mit der Breitbandstrategie des Bundes ergebenden Möglichkeiten zum Breitbandausbau bereits bestmöglich genutzt, auch um die Bandbreite in der größtmöglichen Geschwindigkeit zu erzielen. Begrenzt wird dieses Streben allerdings durch die Inhalte der Förderprogramme des Bundes. Eigene Aktivitäten darüber hinaus sind begrenzt durch die fehlenden Mittel der Verwaltung.

Auch beteiligt sich die Verwaltung bereits an diversen Pilotprojekten zum Breitbandausbau und wird dies im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten auch weiterhin tun. Beispielhaft sei auf ein Pilotprojekt des Mobilfunkbetreibers Telefónica O2 Germany GmbH & Co. OHG hingewiesen, um die Stadt mit dem neuen Standard LTE zu versorgen. Auch hier sind die Möglichkeiten der Stadt allerdings durch das wirtschaftliche Interesse privater Anbieter beschränkt.

Soweit es den Breitbandausbau durch Schaffung der technischen Infrastrukturvoraussetzungen durch die Stadtwerke betrifft, erlauben es die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht, die Stadtwerke kraft Beschlusses des Stadtrates zu entsprechenden Machbarkeitsstudien zu verpflichten.

Nichtsdestotrotz hat die Verwaltung die Stadtwerke gebeten, dieses Geschäftsfeld in die engere Auswahl einzubeziehen. Diese prüfen gegenwärtig dessen Wirtschaftlichkeit, worüber in den entsprechenden Gremien zur gegebenen Zeit berichtet werden wird.

Wolfram Neumann
Beigeordneter